

An die
Mitglieder des Innen- und Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtags
Ausschussgeschäftsführer Herr Dr. Galka

per E-Mail: innenausschuss@landtag.ltsh.de

Geschäftsführender Vorstand
Michael Saitner
Tel.-Durchwahl: (04 31) 56 02-11
Fax: (04 31) 56 02 88-11
E-Mail: vorstand@paritaet-sh.org

Kiel, 11.01.2021/jb

**Schriftliche Stellungnahme des PARITÄTISCHEN Schleswig-Holstein zu
Containern legalisieren (Antrag der Abgeordneten des SSW) sowie
Lebensmittelverschwendung wirksam bekämpfen (Alternativantrag der Fraktionen von
CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)**

Sehr geehrter Herr Dr. Galka,

wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zu o.g. Anträgen.

Als Wohlfahrtsverband beobachten wir die immer tiefer gehende Spaltung in Deutschland zwischen Armut und Reichtum mit großer Sorge. Neben Wohnraum, Bildung und Digitalisierung sind auch Lebensmittel und somit die Möglichkeit zu einer gesunden, nachhaltigen Ernährung innerhalb unserer Gesellschaft ungleich verteilt.

Als Dachverband zahlreicher *Tafeln* wissen wir, wie dringend diese Anlaufstellen von immer mehr Menschen aus den unteren Einkommensbereichen, mit niedrigen Renten oder Sozialleistungen benötigt werden. Dass die *Tafeln* zeitweise während der Corona-Pandemie geschlossen bleiben müssen, stellt viele arme Menschen vor große Probleme, ebenso der Wegfall des kostenlosen Mittagessens für Kindergarten- und Schulkinder durch Kita- und Schulschließungen.

Gleichzeitig landen jährlich rund 13 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll. Lebensmittel, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden und selbstverständlich auch aus Aspekten der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes nicht weggeworfen werden sollten.

Verschwendung auf der einen und Mangel auf der anderen Seite lassen sich nicht allein durch die Legalisierung des sogenannten Containers lösen. Diejenigen, die in den Müllcontainern der Supermärkte nach weggeworfenen Lebensmitteln suchen, sind nahezu ausschließlich (klima-) politisch motiviert; Containern wird in der Regel als Protestaktion gegen Verschwendung betrachtet.

Mit einer Legalisierung wäre daher den oben genannten Gruppen, die wir als Wohlfahrtsverband im Blick haben und die tatsächlich auf Lebensmittelpenden angewiesen sind, nicht geholfen. Insbesondere Empfänger*innen von ALG II sind in unserer Gesellschaft so stigmatisiert, dass sie nicht in Müllcontainern nach Lebensmitteln suchen würden, wenn es sich vermeiden lässt – ob legal oder illegal. Bereits der Gang zur *Tafel* ist bei vielen Betroffenen schambehaftet.

Um die Lebensmittelverschwendung in Deutschland zu bewältigen, braucht es unterschiedliche umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen. Im Hinblick auf das Containern und im Sinne der Wohlfahrt sprechen wir uns dafür aus, gesetzliche Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Lebensmittelüberschüsse aus dem Handel verpflichtend und unbürokratisch an gemeinnützige Organisationen und Initiativen gehen, damit diese sie an bedürftige Menschen verteilen können – ungeachtet der Tatsache, dass in einem reichen Land wie Deutschland niemand auf Lebensmittelspenden angewiesen sein sollte.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Michael Saitner'. The signature is fluid and cursive, with the first name 'Michael' and the last name 'Saitner' clearly distinguishable.

Michael Saitner
Geschäftsführender Vorstand